

Windkraft in der Ertragskrise

2017 wurde im Regierungsbezirk nicht ein Windrad genehmigt

Stadtallendorf. Bei seinem Besuch in Stadtallendorf nannte Regierungspräsident Dr. Christoph Ullrich eine bemerkenswerte Zahl: Im Jahr 2017 hat das Regierungspräsidium Gießen nicht eine einzige Windkraftanlage genehmigt. Der Grund: Fehlende wirtschaftliche Perspektiven infolge der Umstellung der Einspeisevergütung

zum 1. Januar 2017. Auf die festen Einspeisevergütungen erfolgten Ausschreibungen, die nach OP-Informationen teilweise bei nur 3,5 Cent pro Kilowattstunde endeten. Das bedeutet: Für den noch 2016 genehmigten Windpark im Rauschenberger Stadtwald wird eine Vergütung von 8,1 Cent bezahlt. Das reicht gerade zu einer

Rendite von 3,1 Prozent. Bei nur 3,5 Cent Vergütung lässt sich laut einem Insider kein Windrad bauen und betreiben.

Nach Informationen dieser Zeitung haben die Hersteller der Windkraftanlagen mit Preissenkungen um bis zu 20 Prozent reagiert. Die Stadt Stadtallendorf möchte mit Partnern einen Windpark bauen.